

Bundesgesetzblatt

2181

Teil II

1960	Ausgegeben zu Bonn am 30. August 1960	Nr. 45
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
25. 8. 60	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze	2181
25. 8. 60	Zweite Verordnung zur Änderung der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung	2190
20. 8. 60	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher	2191
20. 8. 60	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern	2195
	Veröffentlichung der Europäischen Gemeinschaften (<i>Nachrichtlicher Abdruck</i>):	
28. 6. 60	Das Europäische Parlament — Entschließung betreffend den Wortlaut von Artikel 45 der Geschäftsordnung	2196

Gesetz zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze

Vom 25. August 1960

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Den Haag am 30. Mai 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Bundesminister des Innern und der Finanzen werden jeweils für ihren Geschäftsbereich ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung von Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 4 des Abkommens über

- a) die zusammenliegenden nationalen Grenzabfertigungsstellen einschließlich ihres Amtsbereichs und
- b) die Strecken, auf denen in Zügen oder auf Schiffen während der Fahrt von den Bediensteten beider Staaten abgefertigt werden kann,

erforderlichen Rechtsverordnungen zu erlassen.

(2) Die Ermächtigung gilt auch für die Durchführung von Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 581) und nach Artikel 1 Abs. 3 des Abkommens vom 15. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und

Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 190).

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 26 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 25. August 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung
und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen
an der deutsch-niederländischen Grenze

Overeenkomst
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden
nopens de samenvoeging van de grenscontrole
en de instelling van gemeenschappelijke spoorwegstations of van grensaflosstations
aan de Duits-Nederlandse grens

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und

IHRE MAJESTÄT
DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

VON DEM WUNSCH GELEITET, den Übergang über die gemeinsame Grenze mit der Eisenbahn, auf der Straße und auf Schiffahrtswegen zu beschleunigen.

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein Abkommen zu schließen und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Seine Exzellenz Dr. H. Mühlenfeld,
Botschafter zu Den Haag,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Seine Exzellenz Dr. J. M. A. H. Luns,
Minister des Auswärtigen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

DE PRESIDENT
VAN DE BONDSREPUBLIC DUITSLAND
en

HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

GELEID DOOR DE WENS de overschrijding van de gemeenschappelijke grens per spoor en langs land- en waterwegen te bespoedigen,

HEBBEN BESLOTEN een overeenkomst te sluiten en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden benoemd:

de President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Zijne Excellentie dr. H. Mühlenfeld,
Ambassadeur te 's-Gravenhage,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

Zijne Excellentie mr. J. M. A. H. Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken,

die na uitwisseling van hun volmachten, welke in goede en behoorlijke vorm werden bevonden, het volgende zijn overeengekomen:

TEIL I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die beiden Staaten werden im Rahmen dieses Abkommens den Übergang über die gemeinsame Grenze im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffverkehr beschleunigen.

(2) Zu diesem Zweck können in jedem der beiden Staaten

- a) nationale Grenzabfertigungsstellen beider Staaten zusammengelegt werden,
- b) Grenzabfertigungen beider Staaten in Zügen oder auf Schiffen während der Fahrt auf bestimmten Strecken eingerichtet werden,
- c) Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe eingerichtet werden.

(3) Diese Grenzabfertigungsstellen und diese Bahnhöfe sind im Rahmen des Möglichen in gleicher Zahl beiderseits der Grenze zu errichten.

(4) Die zuständigen Minister werden durch Vereinbarung bestimmen, verlegen, ändern oder aufheben:

- a) die zusammenliegenden nationalen Grenzabfertigungsstellen einschließlich ihres Amtsbereichs,

HOOFDSTUK I
Algemene bepalingen

Artikel 1

1. De beide landen zullen binnen het kader van deze Overeenkomst het overschrijden van de gemeenschappelijke grens in het spoorwegverkeer, wegverkeer en scheepvaartverkeer bespoedigen.

2. Te dien einde kunnen in elk der beide landen:

- a) nationale grenscontrolekantoren van beide landen worden samengevoegd,
- b) in treinen of op schepen gedurende de reis op bepaalde trajecten door beide landen grenscontroles worden verricht,
- c) gemeenschappelijke spoorwegstations of aflosstations worden ingesteld.

3. Deze grenscontrolekantoren en deze spoorwegstations worden zoveel mogelijk in een gelijk aantal aan elke zijde van de grens gevestigd.

4. De bevoegde Ministers zullen in onderling overleg aanwijzen, verplaatsen, wijzigen of opheffen:

- a) de samengevoegde nationale grenscontrolekantoren, hun ambtsgebied daaronder begrepen,

- b) die Strecken, auf denen in Zügen oder auf Schiffen während der Fahrt von den Bediensteten beider Staaten abgefertigt werden kann,
- c) die Gemeinschaftsbahnhöfe.

(5) Die Vereinbarungen nach Absatz 4 werden durch Austausch diplomatischer Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bezeichnen die Begriffe:

1. „Grenzabfertigung“ die Anwendung aller Rechts- und Verwaltungsvorschriften der beiden Staaten, die sich auf den Grenzübergang von Personen und den Ein- und Ausgang von Waren und anderen Vermögensgegenständen beziehen;
2. „Gebietsstaat“ den Staat, auf dessen Gebiet die Grenzabfertigung des anderen Staates vorgenommen wird oder auf dessen Gebiet sich die Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe befinden, „Nachbarstaat“ den anderen Staat;
3. „Gemeinschaftsbahnhof“ einen Bahnhof, in dem die eisenbahndienstlichen Tätigkeiten ganz oder teilweise zusammengefaßt werden, die der grenzüberschreitende Personen- und Güterverkehr auf der Schiene erfordert.

TEIL II Grenzabfertigung

Artikel 3

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind im Rahmen dieses Abkommens berechtigt, auf den gemäß Artikel 1 bestimmten Stellen und Strecken — in der Folge Zone genannt — die Grenzabfertigung wie im eigenen Staat durchzuführen.

(2) Die Zone kann umfassen:

- a) im Eisenbahnverkehr:
 1. einen Teil eines Bahnhofs und seiner Anlagen,
 2. die Strecke zwischen der Grenze und der Grenzabfertigungsstelle,
 3. bei der Grenzabfertigung im fahrenden Zug diesen Zug auf der vorgesehenen Strecke sowie im Falle des Bedarfs Teile der Bahnhöfe, in denen diese Strecke beginnt oder endet;
- b) im Straßenverkehr:
 1. einen Teil der Dienstgebäude,
 2. Teile der Fahrbahn und der Rampen,
 3. Lagerräume,
 4. die Straße zwischen der Grenze und der Grenzabfertigungsstelle;
- c) im Schiffsverkehr:
 1. einen Teil der Dienstgebäude,
 2. Teile der Wasserstraße sowie der Ufer- und Hafenanlagen einschließlich der Anlegestellen,
 3. Lagerräume,
 4. die Wasserstraße zwischen der Grenze und der Grenzabfertigungsstelle,

- b) de trajecten, waarop in treinen of op schepen gedurende de reis door de ambtenaren van beide landen de grenscontrole kan worden uitgeoefend,
- c) de gemeenschappelijke spoorwegstations.

5. De overeenkomstig het vierde lid getroffen regelingen worden door uitwisseling van diplomatieke nota's bevestigd en in werking gesteld.

Artikel 2

In deze Overeenkomst wordt verstaan onder de uitdrukking:

- 1) „grenscontrole“: de uitvoering van alle wettelijke en administratieve bepalingen van beide landen, die toegepast kunnen worden bij de grensoverschrijding van personen en het binnenkomen en uitgaan van goederen en andere vermogensbestanddelen;
- 2) „gebiedsland“: het land, op welks gebied de grenscontrole van het andere land geschiedt of op welks gebied zich de gemeenschappelijke spoorwegstations of grensflosstations bevinden; „nabuurland“: het andere land;
- 3) „gemeenschappelijk spoorwegstation“: een spoorwegstation, waar beide spoorwegdiensten de werkzaamheden, die nodig zijn in het grensoverschrijdende personen- en goederenverkeer, of een gedeelte daarvan, kunnen verrichten.

HOOFDSTUK II Grenscontrole

Artikel 3

1. De ambtenaren van het nabuurland zijn binnen het kader van deze Overeenkomst bevoegd op de overeenkomstig artikel 1 aangewezen kantoren en trajecten — hierna „zone“ genoemd — de grenscontrole op dezelfde voet als in hun eigen land te verrichten.

2. De zone kan omvatten:

- a) in het spoorwegverkeer:
 - 1) een gedeelte van een station en zijn aanhorigheden,
 - 2) het baanvak tussen de grens en het grenscontrolekantoor,
 - 3) bij de grenscontrole tijdens de reis, de trein op het vorenbedoelde baanvak alsmede, indien daaraan behoefte bestaat, gedeelten van de stations, waar dat baanvak begint of eindigt;
- b) in het wegverkeer:
 - 1) een gedeelte van de dienstgebouwen,
 - 2) gedeelten van de rijweg en de zijkanalen daarvan, de bij de dienstgebouwen behorende platforms daaronder begrepen („Rampen“),
 - 3) opslagruimten,
 - 4) de weg tussen de grens en het grenscontrolekantoor;
- c) in het scheepvaartverkeer:
 - 1) een gedeelte van de dienstgebouwen,
 - 2) gedeelten van de waterweg alsmede de kaden en haveninstallaties, aanlegplaatsen daaronder begrepen,
 - 3) opslagruimten,
 - 4) de waterweg tussen de grens en het grenscontrolekantoor,

5. bei der Grenzabfertigung auf dem Schiff während der Fahrt das Schiff sowie das begleitende Kontrollboot auf der vorgesehenen Strecke.

Artikel 4

(1) Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten in der Zone, wie sie in der Gemeinde gelten, der die Grenzabfertigungsstelle des Nachbarstaates zugeordnet wird. Die Gemeinde wird von der Regierung dieses Staates bezeichnet.

(2) Im Sinne der in Absatz 1 genannten Vorschriften des Nachbarstaates findet innerhalb der Zone der Übergang über die Grenze statt, wenn die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates beendet ist.

(3) Wird in der Zone gegen diese Vorschriften verstoßen, so üben die Gerichte und Behörden des Nachbarstaates die Strafgerichtsbarkeit aus und urteilen, als ob diese Zuwiderhandlungen in der Gemeinde begangen worden wären, der die Dienststelle zugeordnet ist.

Artikel 5

(1) Bei der Grenzabfertigung in der Zone werden die Amtshandlungen des Ausgangsstaates vor den entsprechenden Amtshandlungen des Eingangsstaates durchgeführt.

(2) Vor der Beendigung der Ausgangsgrenzabfertigung des Nachbarstaates sind die Behörden des Gebietsstaates nicht berechtigt, in der Zone Personen festzunehmen oder dort Waren und andere Vermögensgegenstände zu beschlagnahmen, die dieser Abfertigung unterliegen.

(3) Nach Beginn der Eingangsgrenzabfertigung des Nachbarstaates sind die Behörden des Gebietsstaates nicht mehr berechtigt, in der Zone Personen festzunehmen oder dort Waren und andere Vermögensgegenstände, die dieser Abfertigung unterliegen, zu beschlagnahmen, wenn die Bediensteten des Nachbarstaates diese Maßnahme selbst ergriffen haben.

Artikel 6

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates können Geldbeträge, die aus Geldstrafen oder erhobenen Abgaben und Gebühren stammen, in das Gebiet des Nachbarstaates verbringen. Das gleiche gilt für Beträge, die für Rechnung der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates im Gebietsstaat aus der Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern eingenommen werden.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates können die von ihnen einbehaltenen oder beschlagnahmten Waren und andere Vermögensgegenstände in das Gebiet des Nachbarstaates verbringen.

Artikel 7

Die Bediensteten des Nachbarstaates sind nicht berechtigt, Angehörige des Gebietsstaates auf dessen Gebiet festzunehmen oder zu verhaften oder sie in den Nachbarstaat zurückzuweisen. Sie dürfen diese Personen jedoch zur Feststellung eines Tatbestandes ihrer im Gebietsstaat liegenden Grenzabfertigungsstelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der entsprechenden Behörde des Gebietsstaates vorführen. Bei der Vorführung und der Vernehmung muß ein Bediensteter des Gebietsstaates anwesend sein.

- 5) bij de grenscontrole op een schip gedurende de vaart, het schip alsmede het begeleidende controlevaartuig op de vorenbedoelde waterweg.

Artikel 4

1. De wettelijke en administratieve bepalingen van het nabuurland, die bij de grenscontrole toegepast kunnen worden, gelden in de zone zoals zij gelden in de gemeente onder welke de dienstonderdelen, die in het nabuurland met de grenscontrole zijn belast, ambtelijk ressorteren. Die gemeente wordt door de Regering van dat land aangewezen.

2. In de zin van de in het eerste lid bedoelde bepalingen van het nabuurland heeft in de zone grensoverschrijding plaats, zodra de grenscontrole van het land van uitgang is beëindigd.

3. Bij de overtreding van die bepalingen in de zone zijn de gerechtelijke instanties en de autoriteiten van het nabuurland tot strafvervolgung en berechting bevoegd, alsof de overtreding is begaan in de gemeente, onder welke de dienstonderdelen ambtelijk ressorteren.

Artikel 5

1. Bij de grenscontrole in de zone geschieden de amtshandelingen van het land van uitgang vóór de dienovereenkomstige handelingen van het land van binnenkomst.

2. Voordat de grenscontrole bij uitgang door het nabuurland is beëindigd, zijn de autoriteiten van het gebiedsland niet bevoegd in de zone personen aan te houden of goederen en andere vermogensbestanddelen in beslag te nemen, welke aan die controle zijn onderworpen.

3. Nadat de grenscontrole bij binnenkomst door het nabuurland is aangevangen zijn de autoriteiten van het gebiedsland niet meer bevoegd in de zone personen aan te houden of goederen en andere vermogensbestanddelen in beslag te nemen, welke aan die controle zijn onderworpen, indien de ambtenaren van het nabuurland zelf die maatregel hebben genomen.

Artikel 6

1. De ambtenaren van het nabuurland mogen gelden, welke van geldboeten of van geheven rechten en kosten afkomstig zijn, naar het grondgebied van dat land overbrengen. Hetzelfde geldt voor gelden, welke voor rekening van de spoorwegaanministratie van het nabuurland in het gebiedsland voor het vervoer van personen, bagage en goederen worden geïnd.

2. De ambtenaren van het nabuurland mogen de door hen aangehouden of inbeslaggenomen goederen en andere vermogensbestanddelen naar het grondgebied van dat land overbrengen.

Artikel 7

De ambtenaren van het nabuurland zijn niet bevoegd op het grondgebied van het gebiedsland onderdanen van dit land aan te houden of hen naar het nabuurland terug te zenden. Zij mogen deze personen echter voor een verhoor naar hun in het gebiedsland gelegen kantoor of, indien dit er niet is, naar de autoriteiten van het overeenkomstig dienstonderdeel van het gebiedsland overbrengen. Bij de overbrenging en het verhoor moet een ambtenaar van het gebiedsland aanwezig zijn.

Artikel 8

Personen, die von den Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden.

Artikel 9

(1) Die Bediensteten beider Staaten unterstützen sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben in der Zone soweit wie möglich, insbesondere um Zuwiderhandlungen gegen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Grenzübergang zu verhüten oder zu ermitteln; sie teilen sich hierzu so schnell wie möglich die Auskünfte mit, die für die Ausübung ihres Dienstes von Interesse sind.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 läßt die innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften unberührt, die für die Erteilung der Auskünfte gegebenenfalls eine Ermächtigung anderer Behörden voraussetzen.

TEIL III

Bedienstete und Grenzabfertigungsstellen

Artikel 10

Die Behörden des Gebietsstaates gewähren den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung des Dienstes den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten.

Artikel 11

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben haben, sind vom Paß- und Sichtvermerkszwang befreit.

(2) Sie bedürfen zum Grenzübergang, um sich an den Ort ihrer Dienstaussübung zu begeben, lediglich eines amtlichen Ausweises, der ihre Identität und ihre Dienststelle angibt.

Artikel 12

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben haben, sind verpflichtet, dort ihre Dienstkleidung oder ein amtliches Kennzeichen sichtbar zu tragen; sie können mit Ausnahme von Schußwaffen ihre Dienstwaffen tragen, dürfen diese aber nur im Falle der Notwehr gebrauchen.

(2) Die Verpflichtung zum Tragen der Dienstkleidung oder eines sichtbaren amtlichen Kennzeichens besteht nicht für die mit der Dienstaufsicht beauftragten oder sonstigen Bediensteten des Nachbarstaates, die sich nur vorübergehend zur Dienstaussübung in die Zone begeben.

Artikel 13

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung des Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben haben, sind dort von allen öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienstleistungen und Sachleistungen befreit.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates werden so angesehen, als ob sie ihren steuerlichen Wohnsitz nicht in das Gebiet des anderen Staates verlegt hätten, wenn ihr Aufenthalt auf diesem Gebiet lediglich durch die Ausübung ihrer Tätigkeit im Rahmen dieses Abkommens bedingt ist. Sie sind unter den gleichen Voraussetzungen im Gebietsstaat hinsichtlich ihrer Dienstbezüge von allen direkten Steuern befreit.

Artikel 8

Aan personen, die door de ambtenaren van het land van binnenkomst worden teruggezonden, mag de terugkeer in het land van uitgang niet worden geweigerd.

Artikel 9

1. De ambtenaren van beide landen verlenen elkaar zoveel mogelijk bijstand bij de uitvoering van hun taak in de zone, in het bijzonder om overtredingen van de wettelijke en administratieve bepalingen, de grensoverschrijding betreffende, te voorkomen of op te sporen; zij delen elkaar daartoe zo snel mogelijk die inlichtingen mede, die voor de uitoefening van hun dienst van belang zijn.

2. Het bepaalde in het vorige lid laat onverlet de nationale wettelijke en administratieve bepalingen, op grond waarvan voor het verstrekken van inlichtingen in voorkomende gevallen een machtiging van andere autoriteiten is vereist.

HOOFDSTUK III

Ambtenaren en grenscontrolekantoren

Artikel 10

De autoriteiten van het gebiedsland verlenen aan de ambtenaren van het nabuurland bij de uitoefening van hun dienst dezelfde bescherming en bijstand als aan hun eigen ambtenaren.

Artikel 11

1. De ambtenaren van het nabuurland, die ter uitvoering van deze Overeenkomst hun dienst in het gebiedsland moeten uitoefenen, zijn vrij van pas- en visumformaliteiten.

2. Voor de grensoverschrijding om zich naar de plaats van hun dienstuitoefening te begeben, dienen zij slechts in het bezit te zijn van een ambtelijk bewijs, dat hun identiteit en dienstonderdeel vermeldt.

Artikel 12

1. De ambtenaren van het nabuurland, die ter uitvoering van deze Overeenkomst hun dienst in het gebiedsland moeten uitoefenen, zijn verplicht in dat land hun dienstkleiding of waarneembaar een ambtelijk onderscheidingsteken te dragen; zij mogen hun dienstwapens dragen met uitzondering van vuurwapens, maar mogen deze slechts gebruiken in geval van noodzakelijke verdediging.

2. De verplichting tot het dragen van dienstkleiding of van een waarneembaar ambtelijk onderscheidingsteken bestaat niet voor de met het toezicht op de dienst belaste of andere ambtenaren van het nabuurland die zich slechts voor korte tijd voor de uitoefening van hun dienst in de zone begeben.

Artikel 13

1. De ambtenaren van het nabuurland, die ter uitvoering van deze Overeenkomst hun dienst in het gebiedsland moeten uitoefenen, zijn daar van alle publiekrechtelijke persoonlijke en zakelijke diensten vrijgesteld.

2. De ambtenaren van het nabuurland worden geacht hun fiscale woonplaats niet naar het gebied van het andere land te hebben overgebracht, indien hun verblijf in dat land enkel voortvloeit uit de uitoefening van hun dienst binnen het kader van deze Overeenkomst. Zij zijn onder dezelfde voorwaarde in het gebiedsland ten aanzien van hun inkomsten uit hun dienst van alle directe belastingen vrijgesteld.

Artikel 14

Gegenstände, die **zum dienstlichen Gebrauch** der Grenzabfertigungsstellen oder der Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat **bestimmt** sind, bleiben im Ein- und Wiederausgang frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung. Das gleiche gilt für Dienstfahrzeuge oder eigene Fahrzeuge, deren sich die Bediensteten zur **Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat bedienen**.

Artikel 15

(1) Die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räume werden **durch Amtsschilder** nach außen kenntlich gemacht.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates haben das **Recht, die Ordnung innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räume aufrechtzuerhalten und Personen, die die Ordnung stören, daraus zu entfernen**.

Artikel 16

(1) Die zuständigen Verwaltungen des Nachbarstaates **teilen die Personalthöchststärke ihrer Bediensteten, die sie im Regelfall in der Zone verwenden wollen, den zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates mit**. Es bleibt ihnen unbenommen, im Bedarfsfall weitere Bedienstete zu verwenden. Wenn die zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates dies beantragen, werden die beiderseits zuständigen Verwaltungen über die Anzahl der in der Zone tätigen Bediensteten des Nachbarstaates in Verhandlungen eintreten.

(2) Die zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates können die Abberufung von Bediensteten des Nachbarstaates verlangen, die ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben.

Artikel 17

Die beiderseits zuständigen Verwaltungen werden die Öffnungszeiten und Befugnisse ihrer im Gebietsstaat **zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen** aufeinander abstimmen.

Artikel 18

(1) Die telefonischen und telegrafischen Verbindungen (einschließlich Fernschreiber), die für das **Tätigwerden der Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, dürfen in das Gebiet des letzteren Staates weitergeführt werden, um unmittelbare Verbindungen mit diesen Dienststellen zu ermöglichen**.

(2) Die Regierungen der beiden Staaten verpflichten sich, zu demselben Zweck und soweit wie möglich alle Erleichterungen zu gewähren, die die Verwendung anderer Mittel auf dem Gebiet des Fernmeldewesens betreffen.

Artikel 19

Briefe, Pakete und Wertsendungen, die von den Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates abgesandt werden oder die für sie bestimmt sind, können von den Bediensteten dieses Staates ohne Einschaltung der Post- oder der Eisenbahnverwaltung und frei von Gebühren befördert werden, sofern diese Sendungen den Dienststempel der absendenden Behörde tragen.

Artikel 14

Goederen welke tot **dienstgebruik** in het gebiedsland door de grenscontrolekantoren of door de ambtenaren van het nabuurland **zijn bestemd**, zijn bij het binnenkomen en het weder uitgaan vrij van invoerrechten en van andere heffingen. In- en uitvoerverboden **alsmede in- en uitvoerbeperkingen** zijn op die goederen niet van toepassing. Hetzelfde geldt voor dienstvoertuigen of eigen voertuigen, waarvan de ambtenaren **voor de uitoefening van hun dienst in het gebiedsland gebruik maken**.

Artikel 15

1. De voor de grenscontrolekantoren van het nabuurland bestemde lokaliteiten zullen door middel van officiële borden naar buiten kenbaar worden gemaakt.

2. De ambtenaren van het nabuurland zijn bevoegd de orde binnen de uitsluitend te hunner beschikking gestelde lokaliteiten te handhaven en personen die de orde verstoren daaruit te verwijderen.

Artikel 16

1. De bevoegde administraties van het nabuurland stellen de bevoegde administraties van het gebiedsland in kennis van het maximum aantal ambtenaren, waarvan zij zich in de regel in de zone willen bedienen. Het staat hun vrij, indien daaraan behoefte mocht bestaan, meer ambtenaren in te schakelen. Indien de bevoegde administraties van het gebiedsland zulks verzoeken, zullen de bevoegde administraties van beide landen over het aantal van de in de zone tewerkgestelde ambtenaren van het nabuurland in overleg treden.

2. De bevoegde administraties van het gebiedsland kunnen verlangen dat ambtenaren van het nabuurland, die hun dienst in het gebiedsland uitoefenen, worden teruggeroepen.

Artikel 17

De bevoegde administraties van beide landen zullen de tijden van openstelling en de bevoegdheden van hun in het gebiedsland **samengevoegde grenscontrolekantoren** met elkander in overeenstemming brengen.

Artikel 18

1. De telefoon- en telegraaflijnen (telexlijnen daaronder begrepen) **nodig voor een goede functionering van de grenscontrolekantoren van het nabuurland in het gebiedsland, mogen in het laatstbedoelde land worden doorgetrokken om rechtstreekse aansluitingen met die kantoren tot stand te kunnen brengen**.

2. De Regeringen van beide landen verbinden zich **elkander tot hetzelfde doel zo veel mogelijk tegemoet te komen in het gebruik van andere middelen op het stuk van overbrenging van berichten**.

Artikel 19

Brieven, pakketten en waardezzendingen, die door de grenscontrolekantoren van het nabuurland worden verzonden dan wel voor die kantoren zijn bestemd, mogen door de ambtenaren van dat land zonder tussenkomst van de posterijen of de spoorwegen, vrij van rechten, worden vervoerd, indien die zendingen zijn voorzien van de dienstaanduiding van de autoriteit, die ze afzendt.

TEIL IV
Zolldoklaranten

Artikel 20

(1) Personen aus dem Nachbarstaat können bei dessen Grenzabfertigungsstellen im Gebietsstaat alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten wie im Nachbarstaat vornehmen.

(2) Die Vorschrift des Absatzes 1 ist insbesondere auf Personen aus dem Nachbarstaat anzuwenden, die die in diesem Absatz genannten Tätigkeiten gewerbsmäßig betreiben. Sie unterliegen hinsichtlich dieser Tätigkeit nur den sich hierauf beziehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates. Die auf diese Weise ausgeübten Tätigkeiten und bewirkten Leistungen werden für die Umsatzsteuer als ausschließlich im Nachbarstaat ausgeübt oder bewirkt angesehen. Dieser Absatz gilt nicht für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern vom Einkommen und Vermögen usw.).

(3) Die in Absatz 2 genannten Personen können für die dort aufgeführten Tätigkeiten gleichermaßen deutsches wie niederländisches Personal beschäftigen. Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Gebietsstaates, die die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer regeln, sind in diesem Fall nicht anwendbar.

(4) Für den Grenzübertritt und den Aufenthalt der in den obigen Absätzen genannten Personen im Gebietsstaat gelten dessen allgemeine Bestimmungen. Die hiernach möglichen Erleichterungen sind zu gewähren.

TEIL V

Besondere Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr

Artikel 21

(1) Im gegenseitigen Einvernehmen bestimmen die Eisenbahnverwaltungen der beiden Staaten die Betriebswechselbahnhöfe und regeln die Einzelheiten der Organisation und des Betriebes in den Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen sowie auf der Strecke zwischen der Staatsgrenze und diesen Bahnhöfen, die Aufteilung der Kosten der Anlagen, ihrer Änderungen, ihrer Erneuerung und ihrer Unterhaltung.

(2) Die Vorschriften der Artikel 10, 11, 12 Absatz 2, 13, 14, 15, 16, 18 und 19 gelten entsprechend für das Personal und die Dienststellen der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates. Für das Personal der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates gilt Artikel 12 Absatz 1 insoweit, als es verpflichtet ist, in seinem Staat Dienstkleidung oder ein amtliches Kennzeichen sichtbar zu tragen.

Artikel 22

Das Personal der Eisenbahnverwaltung des einen Staates kann, soweit es hierzu nach dem Recht seines Staates befugt ist, geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung und Sicherheit in den Zügen zwischen der Grenze und dem im anderen Staat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof aufrechtzuerhalten. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in diesen Zügen werden der Verwaltung des Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhofs zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

HOOFDSTUK IV
Douanedeclaranten

Artikel 20

1. Personen uit het nabuurland kunnen bij de grenscontrolekantoren van dat land, gelegen in het gebiedsland, alle op de grenscontrole betrekking hebbende werkzaamheden als in het nabuurland verrichten.

2. Het in het eerste lid bepaalde is in het bijzonder van toepassing ten aanzien van personen uit het nabuurland, die de in dat lid genoemde werkzaamheden bedrijfsmatig verrichten. Zij zijn met betrekking tot die werkzaamheden slechts onderworpen aan de te dier zake geldende wettelijke en administratieve bepalingen van het nabuurland. De aldus uitgevoerde werkzaamheden en verrichte diensten worden voor de omzetbelasting beschouwd als uitsluitend in het nabuurland te zijn uitgevoerd of verricht. De bepalingen van dit lid gelden niet voor de heffing van de directe belastingen (belastingen naar inkomen en vermogen, enz.).

3. De in het tweede lid genoemde personen kunnen voor de aldaar bedoelde werkzaamheden zowel Nederlands als Duits personeel in dienst nemen. De wettelijke en administratieve bepalingen van het gebiedsland, welke de indienstneming van buitenlandse werknemers regelen, zijn in dit geval niet van toepassing.

4. Voor de grensoverschrijding en het verblijf in het gebiedsland van de in de vorige leden genoemde personen gelden de algemene voorschriften van dat land. De volgens deze voorschriften mogelijke faciliteiten zullen worden verleend.

HOOFDSTUK V

Bijzondere bepalingen voor het spoorwegverkeer

Artikel 21

1. In gemeenschappelijk overleg wijzen de spoorwegadministraties van de beide landen de grensaflosstations aan en regelen zij de bijzonderheden betreffende de organisatie en de exploitatie op de gemeenschappelijke spoorwegstations, op de grensaflosstations en op de baanvakken tussen de staatsgrenzen en deze stations, de verdeling van de kosten van de outillage, van de veranderingen, van de vernieuwingen en van het onderhoud.

2. Het bepaalde in de artikelen 10, 11, 12, tweede lid, 13, 14, 15, 16, 18 en 19 is van overeenkomstige toepassing ten aanzien van het personeel en de dienststellen van het nabuurland. Artikel 12, eerste lid, geldt voor het personeel der spoorwegen van het nabuurland voor zover dat verplicht is in eigen land dienstkleiding of een officieel onderscheidingsteken waarneembaar te dragen.

Artikel 22

Het personeel der spoorwegen van het ene land kan voor zover het daartoe ingevolge het recht van eigen land bevoegd is, gepaste maatregelen nemen om in de treinen tussen de grens en het in het andere land gelegen gemeenschappelijke spoorwegstation of grensaflosstation de orde en de veiligheid te verzekeren. Handelingen in strijd met de voorschriften ter verzekering van de orde en de veiligheid in deze treinen worden ter verdere behandeling aan de dienstleiding van het gemeenschappelijke spoorwegstation of grensaflosstation medegedeeld.

Artikel 23

Die Eisenbahnverwaltungen der beiden Staaten können vereinbaren, daß Eisenbahnpersonal des Nachbarstaates in grenzüberschreitenden Zügen über den Gemeinschaftsbahnhof oder den Betriebswechselbahnhof hinaus Dienst verrichtet. Für dieses Personal gilt Artikel 21 Absatz 2.

Artikel 23

De spoorwegadministraties van beide landen kunnen in onderling overleg bepalen, dat spoorwegpersoneel van het nabuurland in treinen, die de grens overschrijden, ook voorbij het gemeenschappelijke spoorwegstation of grensaflosstation nog zijn dienst blijft uitoefenen. Ten aanzien van dit personeel is artikel 21, tweede lid, van toepassing.

TEIL VI

Schlußbestimmungen

Artikel 24

Die zuständigen Minister der beiden Staaten vereinbaren im gegenseitigen Einvernehmen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen.

Artikel 25

Die in Artikel 1 Absatz 4 genannten Vereinbarungen können auf Antrag eines der beiden Staaten unter den in diesen Vereinbarungen festgelegten Bedingungen wieder aufgehoben werden.

Artikel 26

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Es tritt am fünfzehnten Tag, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

(3) Es tritt achtzehn Monate nach der Kündigung durch einen der Staaten außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihrer Unterschrift und ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN zu Den Haag am 30. Mai 1958 in doppelter Urschrift in deutscher und niederländischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für
die Bundesrepublik Deutschland:

Dr. H. Mühlenfeld

Für
das Königreich der Niederlande:

J. M. A. H. Luns

HOOFDSTUK VI

Slotbepalingen

Artikel 24

De bevoegde Ministers van beide landen treffen in onderling overleg de administratieve maatregelen, welke nodig zijn voor de uitvoering van deze Overeenkomst.

Artikel 25

De in artikel 1, vierde lid, genoemde regelingen kunnen op voorstel van een van beide landen onder de in deze regelingen gestelde voorwaarden weer worden opgeheven.

Artikel 26

1. Deze Overeenkomst zal worden bekrachtigd en de akten van bekrachtiging zullen zo spoedig mogelijk worden uitgewisseld te Bonn.

2. Zij treedt in werking op de vijftiende dag na die van de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

3. Zij treedt buiten werking achttien maanden na de opzegging door een van beide landen.

TEN BLIJKE WAARVAN de wederzijdse gevolmachtigden deze Overeenkomst hebben ondertekend en daaraan hun zegel hebben gehecht.

GEDAAN in tweevoud te 's-Gravenhage, op de 30ste mei 1958 in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor
de Bondsrepubliek Duitsland:

Voor
het Koninkrijk der Nederlanden:

Zweite Verordnung
zur Änderung der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung
Vom 25. August 1960

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzblatt II S. 317) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt vom 18. Juli 1956 — Binnenschiffs-Untersuchungsordnung — (Bundesgesetzbl. II S. 769) in der Fassung der Verordnung vom 30. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 1685) wird wie folgt geändert und ergänzt:

In § 94 Abs. 2 erhält die Nummer 2 folgende Fassung:

„2. am 1. September 1960
die §§ 27, 30 Abs. 3 Satz 1 und § 61,“;

ihr wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. am 1. Januar 1961
der § 33.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 25. August 1960

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

**Bekanntmachung der Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher**

Vom 20. August 1960

In Bonn ist am 23. Februar 1960 die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher unterzeichnet worden.

Die Vereinbarung, die nach ihrem Artikel VII in Verbindung mit dem Notenwechsel vom 16. Juli 1960

am 1. September 1960

in Kraft tritt, wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. August 1960

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
van Scherpenberg**

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
for the Extradition of Fugitive Criminals

DIE REGIERUNG
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REGIERUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and

THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF
GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND —

HABEN IN DEM WUNSCH, den Vertrag zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher, unterzeichnet in London am 14. Mai 1872^{*)}, wieder anzuwenden,

DESIRING to reapply the Treaty between Germany and the United Kingdom for the Mutual Surrender of Fugitive Criminals signed at London on May 14th, 1872 —

FOLGENDES VEREINBART:

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Artikel I

Nach Maßgabe dieser Vereinbarung werden die Artikel I bis XIV des Vertrages zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher, unterzeichnet in London am 14. Mai 1872 (im folgenden genannt „der Vertrag von 1872“), so weit wie möglich zwischen den in Artikel II dieser Vereinbarung erwähnten Gebieten wieder angewandt.

Article I

Subject to the provisions of this Agreement, Articles I to XIV of the Treaty between Germany and the United Kingdom for the Mutual Surrender of Fugitive Criminals signed at London on May 14th, 1872 (hereinafter called "the Treaty of 1872") shall be reapplied, as nearly as may be, as between the territories mentioned in Article II of this Agreement.

Artikel II

Die Gebiete, auf die der Vertrag von 1872 Anwendung findet, sind auf der einen Seite:

- a) das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Kanalinseln und die Insel Man;
- b) Südrhodesien, Nordrhodesien und Njassaland, die die Föderation von Rhodesien und Njassaland bilden;
- c) alle britischen Kolonien (außer Südrhodesien), für deren internationale Beziehungen die Regierung des Vereinigten Königreichs verantwortlich ist;
- d) die folgenden britischen Protektorate: Betschuana-land, das Protektorat Britische Salomon-Inseln, das Protektorat Gambia, das Protektorat Kenia, das Protektorat Nigeria, das Protektorat Sierra Leone, das Protektorat Somaliland, Swasiland, das Protektorat Uganda und das Protektorat Sansibar;
- e) die folgenden britischen Schutzstaaten: Brunei und Tonga;
- f) die folgenden Gebiete, die von der Regierung des Vereinigten Königreichs nach dem Treuhandschaftssystem der Vereinten Nationen verwaltet werden; der Teil Kameruns, der unter der Treuhandschaft des Vereinigten Königreichs steht, und Tanganyika; ferner

Article II

The territories to which the Treaty of 1872 shall apply are, on the one hand —

- (a) the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Channel Islands and the Isle of Man;
- (b) Southern Rhodesia, Northern Rhodesia and Nyasaland, constituting the Federation of Rhodesia and Nyasaland;
- (c) all British colonies (except Southern Rhodesia) for the international relations of which the Government of the United Kingdom are responsible;
- (d) the following British protectorates, that is to say, Bechuanaland Protectorate, British Solomon Islands Protectorate, Gambia Protectorate, Kenya Protectorate, Nigeria Protectorate, Sierra Leone Protectorate, Somaliland Protectorate, Swaziland, Uganda Protectorate and Zanzibar Protectorate;
- (e) the following British protected states, that is to say, Brunei and Tonga;
- (f) the following territories administered by the Government of the United Kingdom under the trusteeship system of the United Nations, that is to say, Cameroons under United Kingdom trusteeship and Tanganyika; and

^{*)} Reichsgesetzbl. 1872 S. 229

- g) jedes andere Gebiet, für dessen internationale Beziehungen die Regierung des Vereinigten Königreichs verantwortlich ist und auf das der Anwendungsbereich des Vertrages von 1872 durch eine Übereinkunft zwischen den vertragschließenden Parteien in Form eines Notenaustausches ausgedehnt werden kann;

und auf der anderen Seite:

Die Bundesrepublik Deutschland.

Er findet auch Anwendung auf das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland innerhalb von drei Monaten nach der Unterzeichnung dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Alle Hinweise in dem Vertrag von 1872 auf die Gebiete der vertragschließenden Parteien werden in diesem Sinne verstanden.

Artikel III

Artikel II des Vertrages von 1872 wird durch nachstehenden Artikel ersetzt:

„Auslieferung wird gegenseitig für die folgenden Straftaten gewährt, wenn sie nach den Gesetzen des ersuchenden und ersuchten Gebietes auslieferungsfähig sind:

1. Mord und andere zum Tode eines Menschen führende verbrecherische Handlungen, einschließlich Versuch, Verabredung und Verbindung zur Tat;
2. vorsätzliche Tötung geringerer Schwere und grob fahrlässige Tötung;
3. Abtreibung mittels Drogen oder Werkzeugen, einschließlich vollendetem Versuch;
4. vorsätzliche Körperverletzung;
5. Doppellehe;
6. Vornahme unzüchtiger Handlungen unter Androhung oder Anwendung von Gewalt;
7. Beischlaf mit einem Mädchen unter 16 Jahren, einschließlich Versuch;
8. Erzwingung oder Erschleichung des außerehelichen Beischlafs;
9. Kuppelei;
10. Freiheitsberaubung;
11. Entführung;
12. Kindesraub, Kindesaussetzung und rechtswidrige Vorenthaltung eines Kindes;
13. Einbruchsdiebstahl, Diebstahl, Unterschlagung und Veruntreuung;
14. Raub;
15. Erpressung;
16. Hehlerei;
17. Betrug und Untreue;
18. Urkundenfälschung;
19. a) Falschmünzerei, Münzverfälschung und Inverkehrbringen falschen Geldes;

- (g) any other territory for the international relations of which the Government of the United Kingdom are responsible and to which the application of the Treaty of 1872 may be extended by common agreement between the Contracting Parties embodied in an Exchange of Notes;

and, on the other hand —

The Federal Republic of Germany.

It shall also apply to Land Berlin; provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not delivered a contrary declaration to the Government of the United Kingdom within three months from the date of signature of this Agreement.

References in the Treaty of 1872 to the territories of the High Contracting Parties shall be understood in this sense.

Article III

For Article II of the Treaty of 1872 the following Article shall be substituted:

“Extradition shall be reciprocally granted for the following crimes, provided that the crime charged constitutes an extradition crime according to the laws of the territory from which and to which extradition is desired:

1. Murder or attempt or conspiracy to murder.
2. Manslaughter.
3. Administering drugs or using instruments with intent to procure the miscarriage of women.
4. Maliciously wounding or inflicting grievous bodily harm, or assault occasioning actual bodily harm.
5. Bigamy.
6. Indecent assault.
7. Unlawful sexual intercourse, or any attempt to have unlawful sexual intercourse, with a girl under sixteen years of age.
8. Rape.
9. Procuration.
10. Kidnapping or false imprisonment.
11. Abduction.
12. Stealing, abandoning, exposing or unlawfully detaining a child.
13. Burglary, housebreaking, larceny or embezzlement.
14. Robbery with violence.
15. Threats, by letter or otherwise, with intent to extort money or other things of value.
16. Receiving any money, valuable security or other property, knowing the same to have been stolen or unlawfully obtained.
17. Fraud by a bailee, banker, agent, factor or trustee, or by a director, member or public officer of any company; fraudulent conversion; or obtaining money, valuable security or goods by false pretences.
18. Forgery, or uttering what is forged.
19. a) Counterfeiting or altering money, or bringing into circulation counterfeited or altered money.

- b) die vorsätzliche und rechtswidrige Herstellung sowie der vorsätzliche und rechtswidrige Besitz von Instrumenten, die für Falschmünzerei geeignet oder bestimmt sind;
- c) der Versuch, eines der unter a) oder b) aufgeführten Verbrechen zu begehen;
- 20. Meineid und Anstiftung zum Meineid;
- 21. Sachbeschädigung;
- 22. vorsätzliche Brandstiftung;
- 23. vorsätzliche Gefährdung von Personen im Eisenbahnverkehr;
- 24. Konkursstraftaten;
- 25. Straftaten im Zusammenhang mit dem Handel mit Betäubungsmitteln, einschließlich Versuch;
- 26. Piraterie sowie andere Straftaten, die auf hoher See gegen Personen oder Sachen begangen werden;
- 27. Sklavenhandel.

Auslieferung wird auch für die Teilnahme an einer der oben erwähnten Straftaten gewährt, wenn die Teilnahme nach den Gesetzen des ersuchenden und des ersuchten Gebietes strafbar ist.

Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte wegen der Straftat, die dem Ersuchen um Auslieferung zugrunde liegt, nach dem Recht der ersuchenden Partei der Todesstrafe unterliegt, während das Recht der ersuchten Partei für einen solchen Fall die Todesstrafe nicht vorsieht."

Artikel IV

Artikel III des Vertrages von 1872 wird durch nachstehenden Artikel ersetzt:

"Kein Deutscher wird von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung des Vereinigten Königreichs und kein britischer Untertan, keine unter britischem Schutze stehende Person und kein Bürger der Irischen Republik wird von der Regierung des Vereinigten Königreichs an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert.

Keine Partei wird durch diesen Vertrag verpflichtet, einen Verfolgten auszuliefern, der Mitglied der im Gebiet des ersuchten Staates stationierten Streitkräfte eines dritten Staates ist. Das gleiche gilt für eine Zivilperson, die solche Streitkräfte begleitet und in ihren Diensten steht, sowie für die Angehörigen eines solchen Mitgliedes oder einer solchen Zivilperson."

Artikel V

Artikel VIII Abs. 1 des Vertrages von 1872 wird wie folgt ergänzt:

"Indessen können Ersuchen seitens der Bundesrepublik Deutschland um Auslieferung eines flüchtigen Verbrechers, der in einem Gebiet außerhalb des Vereinigten Königreichs, der Kanalinseln oder der Insel Man gefunden wird, unmittelbar an den Gouverneur oder die höchste Behörde dieses Gebietes gerichtet werden, und zwar entweder durch den diplomatischen oder den konsularischen Beamten der Bundesrepublik Deutschland. Wird das Ersuchen an den Gouverneur oder die höchste Behörde eines Gebietes gerichtet, wird es von den zuständigen Behörden des Gebietes erledigt; wenn jedoch ein Auslieferungs-Haftbefehl gegen den flüchtigen Verbrecher von einem Polizeirichter erlassen worden ist, kann der betreffende Gouverneur oder die betreffende höchste Behörde anstatt die Übergabe des Flüchtigen anzuordnen, die Angelegenheit an die Regierung des Vereinigten Königreichs verweisen."

b) Knowingly and without lawful authority making or having in possession any instrument for the counterfeiting of money.

c) Attempts to commit any crime mentioned in a) or b) above.

- 20. Perjury, or subornation of perjury.
- 21. Malicious damage to property.
- 22. Arson.
- 23. Any malicious act done with intent to endanger the safety of any persons travelling or being upon a railway.
- 24. Crimes against bankruptcy law.
- 25. Crimes or attempted crimes in connection with the traffic in dangerous drugs.
- 26. Piracy and other crimes committed on the high seas against persons or things.
- 27. Dealing in slaves.

Extradition is also to be granted for participation in any of the aforesaid crimes, provided that the participation is punishable by the laws of the territory from which and to which extradition is desired.

Extradition may be refused if under the law of the requesting Party the person sought is liable to the death penalty for the crime on which the request for his extradition is based but the law of the requested Party does not provide for the death penalty in a similar case."

Article IV

For Article III of the Treaty of 1872 the following Article shall be substituted:

"No German shall be delivered up by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the United Kingdom; and no British subject, British protected person or citizen of the Irish Republic shall be delivered up by the Government of the United Kingdom to the Government of the Federal Republic of Germany.

Neither Party shall be required by this Treaty to deliver up a fugitive criminal who is a member of the armed forces of a third state stationed in the territory of that Party. The same shall apply to a civilian accompanying and serving with those armed forces and to the dependants of any such member or civilian."

Article V

The following provisions shall be added at the end of the first paragraph of Article VIII of the Treaty of 1872:

"However, in the case of a fugitive criminal whose surrender is sought by the Government of the Federal Republic of Germany and who is found in a territory other than the United Kingdom, the Channel Islands and the Isle of Man, the requisition may be made direct to the Governor or chief authority of that territory and may be made either by a diplomatic or by a consular officer of the Federal Republic of Germany. If the requisition is made to the Governor or chief authority of a territory as aforesaid, it shall be dealt with by the competent authorities of the territory; provided, nevertheless, that if an order for the commitment of the fugitive criminal to prison to await surrender shall be made by a magistrate, the said Governor or chief authority may, instead of issuing a warrant for the surrender of the fugitive, refer the matter to the Government of the United Kingdom."

Artikel VI

Diese Vereinbarung findet keine Anwendung auf die auslieferungsfähigen Straftaten, die vor dem 1. Januar 1953 begangen worden sind.

Article VI

This Agreement shall not apply to extradition crimes committed earlier than January 1st, 1953.

Artikel VII

Der Zeitpunkt, an dem diese Vereinbarung in Kraft treten soll, wird durch Notenwechsel vereinbart. Jede der beiden vertragschließenden Parteien kann die Vereinbarung jederzeit gegenüber der anderen Partei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten schriftlich kündigen.

Article VII

The date on which this Agreement shall come into force shall be agreed upon by an Exchange of Notes. Either Contracting Party may at any time terminate the Agreement by giving six months' notice in writing to the other Party.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Vereinbarung unterzeichnet.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Agreement.

GESCHEHEN zu Bonn am 23. Februar 1960 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE in duplicate at Bonn this 23rd day of February, 1960 in the German and English languages both texts being equally authoritative.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland:
Albert Hilger van Scherpenberg
Josef Schafheutle

For the Government
of the Federal Republic of Germany:
Albert Hilger van Scherpenberg
Josef Schafheutle

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland:
Christopher Steel

For the Government of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland:
Christopher Steel

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern**

Vom 20. August 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Juni 1960 zum Abkommen vom 17. April 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 1814) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2

am 17. September 1960
in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 17. August 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 20. August 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
van Scherpenberg

Bekanntmachung

Das Europäische Parlament hat am 28. Juni 1960 beschlossen, den Wortlaut des Artikels 45 (früher Artikel 42) seiner Geschäftsordnung zu ändern.

Die Entschliebung, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Ausgabe in deutscher Sprache) Nr. 49 vom 27. Juli 1960 S. 1058 veröffentlicht wurde, wird nachstehend bekanntgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen im Bundesgesetzblatt 1959 II S. 1190 und 1960 II S. 403.

Nachrichtlicher Abdruck

Entschliebung betreffend den Wortlaut von Artikel 45 der Geschäftsordnung

„DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

beschließt, daß der Wortlaut von Artikel 45 der Geschäftsordnung künftig wie folgt lauten soll:

1. Petitionen an das Parlament bedürfen der Angabe von Name, Beruf, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz jedes Unterzeichners.

2. Sie werden vom Präsidenten einem der gemäß Artikel 38 Absatz 1 gebildeten Ausschüsse zur Prüfung überwiesen, der zunächst prüft, ob sie in den Tätigkeitsbereich der Gemeinschaften fallen.

3. Die für zulässig erklärten Petitionen werden mit der Stellungnahme des Ausschusses entweder der Hohen Behörde oder den europäischen Kommissionen oder den Räten überwiesen. Der befähigte Ausschuß kann dem Parlament einen Bericht vorlegen.

4. Die Petitionen, welche die in Ziffer 1 dieses Artikels vorgesehenen Bedingungen erfüllen, werden in der Reihenfolge ihres Eingangs in ein Register eingetragen.

Diese Petitionen sowie der unter den in Ziffer 3 dieses Artikels vorgesehenen Bedingungen gefaßte Beschluß, sie zu überweisen oder Bericht zu erstatten, werden in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben. Diese Mitteilungen werden in das Protokoll aufgenommen. Der Verfasser der Petition wird davon unterrichtet.

Der Wortlaut der in das Register eingetragenen Petitionen sowie der Wortlaut der Stellungnahme des Ausschusses, mit dem zusammen die Petition überwiesen wird, werden im Archiv des Europäischen Parlaments niedergelegt und können dort von jedem Abgeordneten eingesehen werden."